

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Alexander Bonde, Anna Lührmann, Omid Nouripour, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Priska Hinz (Herborn), Markus Kurth, Christine Scheel, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10406, 16/10423, 16/10424, 16/10425 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009  
(Haushaltsgesetz 2009)**

**hier: Einzelplan 06  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die finanziellen Mittel für die Förderung der Integrationskurse von Zuwanderinnen und Zuwanderern werden um 50 Mio. Euro, die Mittel für die Migrationserstberatung um 6,7 Mio. Euro und die Mittel für die niedrigschwelligen Frauenkurse (im Titel „Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung der Integration von Zuwanderern“) werden um 800 000 Euro erhöht.

Berlin, den 24. November 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Die Zusagen der Bundesregierung im Nationalen Integrationsplan (vgl. Bundestagsdrucksache 16/6281, S. 32, 36 und 79 f.) müssen mehr als leere Versprechungen sein. Dazu sind zusätzliche Mittelausstattungen der genannten Haushaltstitel unabdingbar.

Schon für das Haushaltsjahr 2006 hatte die Bundesregierung die Ausgaben für die Integrationskurse um über 60 Mio. Euro gesenkt. Entgegen der Empfehlung der unabhängigen Evaluierung der Integrationskurse (Rambøll-Gutachten) hatte die Bundesregierung im letzten Jahr die Mittel für eine nachhaltige Verbesserung des Integrationskursangebotes nicht um 67,5 Mio. Euro, sondern (netto)

nur um 14 Mio. Euro erhöht. Im laufenden Jahr werden die Kosten für die Integrationskurse den Haushaltsansatz um nicht weniger als 14,6 Mio. Euro übersteigen (bei der Kinderbetreuung ist jetzt schon ein Defizit von 1,4 Mio. Euro erreicht). Der Haushaltsansatz 2009 für diese Integrationskurse wird jedoch nicht im ausreichenden Maße erhöht.

Die Bundesregierung hat die Haushaltsmittel für die Migrationserstberatung seit 2005 um 4,3 Mio. Euro gekürzt. Ein flächendeckendes Beratungsangebot kann so in der geforderten Qualität nicht gewährleistet werden. Das Bundesministerium des Innern war zu einer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geforderten Erhöhung der Mittel um 6,7 Mio. Euro jedoch nicht bereit.

Die Bundesregierung hat ausgerechnet die ohnehin schon knappen Haushaltsmittel für die sogenannten niedrighschwelligen Kurse für besonders schwer erreichbare Migrantinnen seit 2005 von 2 Mio. Euro auf 1,2 Mio. Euro gekürzt. Eine Erhöhung ist auch für das kommende Jahr nicht geplant. Die Folge: Die Zahl dieser Frauenkurse sowie der Teilnehmerinnen – als auch die Zahl der Schulungsangebote für Kursleiterinnen – haben jeweils um rund 20 Prozent abgenommen.